

2
3
4 **Die Bezirkskonferenz möge beschließen:**
5

6 **Freiheit, Gerechtigkeit & Solidarität**

7 **„Das Schicksal des Menschen ist der Mensch“**

8 (Berthold Brecht/ „Die Mutter“)
9

10 11 **1. Gestern, Heute und Morgen**

12
13 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die älteste, größte und
14 bedeutendste Partei in Deutschland. In den letzten 140 Jahren wurde jede
15 wesentliche Veränderung entweder durch die Sozialdemokratie bewirkt oder musste
16 gegen sie mit Gewalt durchgesetzt werden. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist
17 die Geschichte des Wandels. Egal ob Arbeiterpartei oder Volkspartei, immer war die
18 SPD eine Programmpartei. Wir haben die Aufgabe, wie jede vorige Generation von
19 Sozialdemokraten dieses Programm stetig weiterzuentwickeln und es den
20 gegebenen Verhältnissen in Ausrichtung und Strategie anzupassen.
21

22 Dabei war, ist und wird auch bleiben, dass sich all unsere Politik, Vorstellungen
23 und Hoffnungen an unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität
24 messen lassen müssen. Sie werden solange bestehen, wie es die Sozialdemokratie
25 geben wird. Diese Werte wurden nicht von der SPD oder der Arbeiterbewegung
26 erschaffen, sondern diese Werte haben die Partei hervorgebracht, um den
27 Menschen eine Stimme und gemeinsame Macht zu verschaffen. Die Partei hat nur
28 einen einzigen Zweck, die Verankerung und Verwirklichung von Freiheit,
29 Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft.
30

31 Um sich der Richtung unserer Politik gewiss zu sein, muss das neue
32 Grundsatzprogramm ein langfristiges politisches Gesamtkonzept bieten. Es gilt,

1 ausgehend von unseren Grundwerten und Überzeugungen aus dem Berliner
2 Programm, unsere sozialistische Antwort den veränderten Bedingungen
3 anzupassen. Dafür ist es nicht nötig das Berliner Programm vollständig über den
4 Haufen zu werfen, sondern es nur in den Punkten fortzuführen, die nicht mehr den
5 heutigen Gegebenheiten entsprechen. Das Grundsatzprogramm ist die gemeinsame
6 Basis aller Mitglieder der SPD. Wie wichtig es für viele ist, wird schon an der
7 Intensität deutlich, mit der jede Debatte um die Erneuerung der Inhalte geführt wird.
8 So birgt auch jede radikale Verschiebung der Prämissen die Gefahr, die Grundsätze
9 der Partei vielen Mitgliedern zu entfremden. Die SPD muss nicht nur symbolisch,
10 kulturell und emotional mit ihrer Geschichte verbunden bleiben, sondern auch an
11 ihren Zielen und Idealen festhalten, die im Verlaufe der letzten Jahre entstanden
12 sind. Werte und Ideen dürfen gerade dann nicht verworfen werden, wenn man in
13 politischer Verantwortung steht.

14

15 Ein Grundsatzprogramm ist gerade kein Wahlprogramm! Nur durch Konstanz in
16 unseren Zielen werden wir wieder glaubwürdig werden können. Heute stehen wir vor
17 der Situation, dass das Grundsatzprogramm erstmals in einer Phase
18 sozialdemokratischer Regierungsmacht erneuert werden soll. Es ist schon eine
19 altbekannte Erkenntnis, dass sich aktuelle Regierungspolitik nicht immer am
20 Parteiprogramm orientiert. Aber wenn man dies feststellt, darf die Folge daraus nicht
21 sein, dass das Grundsatzprogramm der Regierungspolitik angepasst wird. Wenn
22 manche Sozialdemokraten heute behaupten, dass ein Programm mit großen
23 Hoffnungen zu große Erwartungen wecken würde, die nicht innerhalb von ein oder
24 zwei Legislaturperioden umgesetzt werden können und dass deshalb schon jede
25 Periode sozialdemokratischer Macht zum Scheitern verurteilt ist, wird verkannt, dass
26 die Menschen nicht die sofortige Verwirklichung des Grundsatzprogramms fordern,
27 sondern nur das Einhalten der Wahlversprechen des Wahlprogramms erwarten.

28

29 Ein fundamentaler Anspruch an ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm ist
30 die Ausrichtung an einem gesamtgesellschaftlichen Anspruch. Das
31 Grundsatzprogramm darf nicht an Klientelinteressen enden. Es muss grundsätzlich
32 allen Menschen im Einzelnen und der Gesellschaft als Ganzes eine bessere
33 Perspektive bieten. Somit sind Aussagen, wie solche, dass sich die

1 Arbeiterbewegung noch nie um das „Lumpenproletariat“ kümmerte, eine Absage an
2 die sozialdemokratische Identität.

3
4 Ein neues Grundsatzprogramm muss eine Alternative zu der derzeitigen Politik der
5 Marktgläubigkeit bieten, es darf sich nicht, den aus einer neoliberal organisierten
6 ökonomischen Globalisierung ergebenden Zwängen unterwerfen. Im Gegenteil:
7 wenn man eine neue Programmatik fordert, muss man eine Alternative zum
8 weltweiten Neoliberalismus finden. Wir dürfen unsere Ideale nicht den Ängsten des
9 Kapitals opfern.

10
11

12 **2. Und weil der Menschen ein Mensch ist**

13

14 Alle Menschen sind als Gleichwertige geboren. Die Würde des Menschen ist
15 unabhängig von Leistung und Nützlichkeit. Der Mensch ist weder zum Guten, noch
16 zum Schlechten festgelegt. Der Mensch ist lernfähig und wird von seiner Umgebung
17 geprägt. Er hat unterschiedliche Ansprüche und Bedürfnisse an sein Leben, deshalb
18 muss ein Zustand erreicht werden, in dem jedem Menschen ein Maximum an
19 individueller Selbstbestimmung ermöglicht wird. Der Mensch ist zum Leben in der
20 Gemeinschaft bestimmt. Um den Anforderungen des Einzelnen entsprechen zu
21 können, muss die Gesellschaft solidarisch organisiert werden und alle gleichberecht
22 in ihr aufgehen lassen.

23

24 Der Mensch ist das einzige Lebewesen, dass sich seiner eigenen Identität bewusst
25 ist. Die daraus resultierende Fähigkeit zur Selbstreflexion macht ihn zu dem
26 Geschöpf, dass in der Lage ist, das naturgegebene Gesetz des Stärkeren zu
27 überwinden. Er kann die Verhältnisse, in denen er lebt, nach seinen Ansprüchen
28 gestalten und somit ein friedliches und solidarisches Zusammenleben organisieren.

29

30 Der Mensch ist zur Freiheit berufen und deshalb kann das Ziel jeder sozialistischen
31 Politik nur die Schaffung von möglichst viel Freiraum für die individuelle Entfaltung
32 eines jeden Einzelnen sein. Aus diesem Grunde gilt für uns uneingeschränkt die
33 Erklärung der Menschenrechte der UN: „Menschen sind frei und gleich an Würde

1 und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen
2 einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

3

4 **2.1. Demokratischer Sozialismus**

5

6 „Ich bin Sozialdemokrat, weil Sozialismus ohne Demokratie mir nichts gibt und
7 unsoziale Demokratie keine Demokratie ist.“ (Grass)

8

9 Wir sind die wahre Partei des demokratischen Sozialismus. Hinter dem Begriff
10 bündeln sich die Hoffnungen, Zukunftsvorstellungen und die Orientierung der
11 Sozialdemokratie. Er ist eben nicht nur Teil unserer Geschichte sondern unsere
12 Antwort auf die Erkenntnis, dass die Welt in der wir leben nicht so ist, wie wir es uns
13 wünschen. Es geht um die Begründung und die Voraussetzungen für den Fortschritt.
14 Dabei kann es aber eben nicht um das bloße „Immer-mehr-und-mehr“ in Wirtschaft
15 und Technik gehen, es muss vielmehr die Verbesserung der Grundlage des
16 menschlichen Lebens und Zusammenlebens angestrebt werden.

17

18 Der Begriff wird ständig weiter entwickelt. Durch die ständige leidenschaftliche
19 Suche seiner Verfechter nach neuen Wegen in eine bessere Gesellschaft, wird er
20 immer wieder aktualisiert und verliert so nie an seiner Modernität.

21

22 Der demokratische Sozialismus ist die Aufgabe, Freiheit, Gerechtigkeit und
23 Solidarität durch Demokratisierung der Gesellschaft, durch soziale und
24 wirtschaftliche Reformen zu verwirklichen. Dies ist der Gegenentwurf auf die derzeit
25 vorherrschenden Ideologien des Neoliberalismus und -konservatismus. Er hat zum
26 Ziel die Unterschiede zwischen Arm und Reich, sowie die zwischen Mann und Frau
27 aufzuheben. Somit ist und bleibt der demokratische Sozialismus die Grundlage
28 unserer Politik.

29

30 Sozialismus ist unsere Vorstellung einer Weltgesellschaft mit gerechten
31 Austauschbeziehungen und friedlicher Konfliktlösung, ist die Gesellschaft des
32 ökologischen Umbaus der Industrie, der Befreiung der Menschen in der Arbeit, der
33 sozialen Sicherheit und persönlichen Emanzipation. Sozialismus ist für uns keine
34 unerreichbare Utopie, sondern notwendig, um die Probleme unserer Zeit zu lösen.

1 **2.2. Feminismus**

2

3 Die Erfahrungen sowohl mit dem Kapitalismus als auch die Entwicklung in den
4 real-sozialistischen Staaten haben gezeigt, dass patriarchalische Strukturen
5 unabhängig von politischen Systemen bestehen. Das bedeutet für uns, dass es
6 Sozialismus ohne Feminismus nicht geben kann. Ein grundlegendes Ziel
7 sozialistischer und feministischer Politik ist der Abbau geschlechtsspezifischer
8 Arbeitsteilung in der Familie und im Erwerbsleben. Dazu gehören das Aufbrechen
9 traditioneller Rollenbilder und eine umfassende Demokratisierung aller
10 Lebensbereiche.

11

12 Wir Sozialdemokraten streben die Gleichheit im Sinne von gleicher Freiheit von
13 Mann und Frau an, jedoch nicht nach dem gegenwärtigen Maß der Männlichkeit.
14 Dies bedeutet, dass Frauen ihr Leben selbstbestimmend gestalten können und die
15 gleiche Teilhabe an der gesellschaftlichen Macht haben.

16

17 **2.3. Internationalismus**

18

19 Ein modernes sozialistisches Projekt hat nur dann eine Chance, wenn es sich nicht
20 in die Grenzen der Nationalstaaten zwingen lässt. Was wir brauchen, ist ein neues
21 linkes Zukunftsprojekt für Europa mit einer starken internationalistischen Ausrichtung.
22 Europa hat aus seiner Geschichte der Emanzipation und des sozialen Anspruchs die
23 Möglichkeit, als Vorbild zu dienen. Dies kann aber nur geschehen, wenn wir ein
24 sozialdemokratisches Europa schaffen.

25

26 Wir brauchen den Aufbau eines neuen Systems politischer Friedenssicherung und
27 Zusammenarbeit, mit dem künftige Konflikte friedlich gelöst und die Einhaltung der
28 Menschenrechte und des Völkerrechts durchgesetzt werden können. Nur in einer
29 friedlichen Welt, kann es eine sozialistische Alternative geben.

30

31 Außerdem brauchen wir eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, mit deren Hilfe
32 soziale und ökologische Perspektiven in den Entwicklungsländern durchgesetzt
33 werden können. Die Globalisierung muss gerecht gesteuert werden.

34

1 **2.4. Unsere Werte**

2

3 Unsere Werte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Dies sind die Werte des
4 demokratischen Sozialismus. Sie sind unabhängig von der Zeit und den Umständen.

5 Sie gelten für immer.

6

7 **2.4.1. Freiheit**

8 Freiheit heißt für uns sowohl die Freiheit von Fremdbestimmung, Angst, Hunger
9 und Not, als auch die Freiheit zur Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens. Die
10 Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt.

11

12 Die Freiheit eines jeden Einzelnen ist das Ziel unserer Politik. Es ist die Aufgabe
13 einer Gesellschaft als Ganzes, die Chancen für jeden Einzelnen zu einem individuell
14 selbstbestimmten Leben zu schaffen. Nur wenn allen ausreichend soziale Sicherheit
15 garantiert wird, können auch alle ihre Chancen zur Freiheit nutzen.

16

17 **2.4.2. Gerechtigkeit**

18 Gerechtigkeit begründet sich in der gleichen Würde aller Menschen. Sie beinhaltet
19 nicht nur die formelle Gleichheit vor dem Gesetz, sondern gerade auch die gleichen
20 Möglichkeiten zur Verwirklichung der individuellen Freiheit für alle und gleiche
21 Chancen zur politischen und sozialen Teilhabe, sowie ein Recht auf soziale
22 Sicherheit. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann.

23

24 Der Fortschritt des Eingangs von Gerechtigkeit in die Gesellschaft kann an der
25 Gleichheit von der Verteilung der Einkommen, des Eigentums und der Macht, sowie
26 an den Möglichkeiten zum Zugang an Bildung, Ausbildung und Kultur festgemacht
27 werden. Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern
28 Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller.

29

30 **2.4.3. Solidarität**

31 Da der Mensch seiner Mitmenschen bedarf, um sein Leben nach seinen
32 Maßstäben gestalten zu können, muss er die Gesellschaft, in der er lebt, solidarisch
33 ausrichten. Solidarität ist die Bereitschaft der Menschen, über Rechtsverpflichtungen
34 hinaus füreinander einzustehen. Wir können als Freie und Gleiche nur dann

1 menschlich miteinander leben, wenn wir füreinander eintreten und die Freiheit des
2 anderen wollen. Wer in Not gerät, muss sich auf die Solidarität der Gesellschaft
3 verlassen können. Solidarität ist das Mittel, um auch den Schwächeren ein
4 selbstbestimmtes Leben zu garantieren.

5

6 Solidarität ist auch nötig, um individuelle Entfaltungschancen zu erweitern. Nur
7 gemeinsames Handeln, nicht egoistischer Individualismus schafft und sichert die
8 Voraussetzungen individueller Selbstbestimmung.

9

10 **2.5. und was ist nun wichtiger**

11

12 "Sozialismus" bedeutet für uns die Befreiung aller Menschen von Ausbeutung und
13 Unterdrückung, die Durchsetzung von Freiheit und Gleichheit, die uneingeschränkte
14 Garantie aller Menschenrechte und Demokratie in allen Lebensbereichen. Dieser
15 Sozialismus ist eine Gesellschaft der Selbstbestimmung in Solidarität, deren
16 Voraussetzung es ist, "die freie Entfaltung eines jeden als Bedingung für die freie
17 Entfaltung aller" (Karl Marx) zu begreifen.

18

19 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte. Sie bleiben für
20 immer. All unsere Politik muss sich daran messen lassen, ob sie ihnen genügen
21 kann. Sie bedingen sich einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang,
22 einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn. Die
23 Grundwerte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn nur wenn sie
24 gleichberechtigt nebeneinander stehen, können sie sich positiv auf die Gesellschaft
25 niederschlagen. Wenn man den Gerechtigkeitsbegriff auf Handlungschancen
26 reduziert, blendet man die Solidarität aus. Dies hat zur Folge, dass die Freiheit des
27 Einzelnen nur zu Lasten Anderer erreicht wird. Nur im Einklang aller drei können
28 unsere Ansprüche erfüllt werden, denn:

29

- 30 - Freiheit beschränkt sich nicht auf formelle Möglichkeiten.
- 31 - Gerechtigkeit ist nicht Rechtsgleichheit.
- 32 - Solidarität ist keine Selbstverständlichkeit.

33

34 Deshalb gilt auch an dieser Stelle ein Satz von Willy Brandt:

1 „Solidarität ist das Bindeglied zwischen Freiheit und Gerechtigkeit, denn nur durch
2 solidarisches Verhalten kann das Streben nach möglichst viel Gerechtigkeit in
3 unserer Gesellschaft in Einklang gebracht werden mit dem Bedürfnis nach möglichst
4 viel individueller Freiheit.“

5
6 In einer so komplexen Gesellschaft wie der unseren braucht der Mensch Mittel zur
7 Umsetzung dieser Werte. Es gibt Interessen, die diesen Zielen entgegenstehen.
8 Darum müssen sie mit staatlicher Macht verwirklicht werden. Unser Weg an die
9 Macht ist die Partei und durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften werden
10 diese Ideen in die Gesellschaft getragen, um den nötigen Druck für die Reformen
11 aufzubauen.

14 **3. Veränderte Zeiten**

15
16 Alle Verhältnisse, mit denen wir es heute zu tun haben sind nicht gegeben,
17 sondern Resultat menschlicher Entscheidungen und somit auch veränderbar. Es ist
18 die Aufgabe der Sozialdemokratie immer wieder die richtigen Antworten auf die
19 neuen Fragen der Zeit zu finden. Seit der Erstellung des Berliner Programms haben
20 sich fundamentale Veränderungen in der Welt vollzogen, so dass wir heute vor
21 neuen Fragen stehen, denen unsere alten Antworten nicht mehr genügen können.

22
23 Nach dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus konnte der
24 Kapitalismus sich in seiner gesetzmäßigen Entwicklung frei entfalten. Politik war
25 daraufhin kein Kampf mehr um das bessere System für die Menschen, sondern der
26 Wettstreit um den besseren Standort für das Kapital. Durch die gleichzeitig schnell
27 voranschreitende technische Entwicklung wurde die Geschwindigkeit der
28 kapitalistischen Entwicklung weltweit immer schneller und schneller; dies nennt man
29 heute Globalisierung. Die daraus resultierenden Folgen sind die Herausforderungen
30 der heutigen Zeit.

31
32 Durch die immer großzügigere Freiheit des Kapitals werden die Nationalstaaten
33 erpressbar. Die Konzerne stellen hohe Anforderungen an die Standorte ihrer
34 Produktionsstätten und wenn die Staaten diesen Forderungen nicht nachkommen

1 wird die Produktion in andere Länder verlagert. Dadurch werden die Staaten ihrer
2 gestalterischen Macht beraubt und somit auch die Demokratie abgebaut, denn die
3 wichtigen Entscheidungen werden nicht mehr von dem von Volk gewählten Vertreter
4 zum Wohle der Allgemeinheit getroffen, sondern an den Spitzen der Konzerne.

5

6 Die Produktivität der Volkswirtschaft steigt stetig weiter an, so dass immer weniger
7 Menschen benötigt werden, um die nötige Produktion zu erreichen. Folge ist die
8 immer weiter steigende Arbeitslosigkeit und das Scheitern der bisherigen
9 Sozialsysteme. Durch die steigende Anzahl an Arbeitslosen und die Errichtung eines
10 Billiglohnssektors wird die Gesellschaft nochmals gespalten. An diejenigen in Arbeit
11 werden immer höhere Erwartungen gestellt und mehr Arbeit verlangt, während die
12 anderen durch Arbeitslosigkeit und mangelnde Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe
13 aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden.

14

15 Wir leben und arbeiten im flexiblen Kapitalismus. Durch die Veränderungen der
16 Produktionsprozesse und der verschlechterten Lage am Arbeitsmarkt werden heute
17 andere Anforderungen an die Menschen gestellt. Die Zahl der Beschäftigten in
18 Normalarbeitsverhältnissen nimmt immer weiter ab und es entstehen neue Formen
19 der Beschäftigung. Aufgrund dieses Wandels müssen auch die Sozialsysteme heute
20 andere Aufgaben, als noch vor zehn Jahren wahrnehmen. In ihrer derzeitigen
21 Beschaffenheit können sie dies aber nicht leisten. Ständig wird ihr Reformbedarf
22 betont, aber anstatt sie umzubauen, werden sie nur immer weiter zurückgefahren.

23

24 Im Zuge des Siegeszuges des Kapitalismus werden die alten Unterschiede
25 zwischen Arm und Reich, Nord und Süd, sowie gut und schlecht Ausgebildeter
26 immer größer. In kaum einem anderen Land der Industriestaaten ist der berufliche
27 Werdegang der Menschen noch so sehr von seiner sozialen Herkunft abhängig, wie
28 in Deutschland. Die großen Lasten des Wandels werden nur den Arbeitnehmerinnen
29 und Arbeitnehmer aufgebürdet. Fast alles Finanzaufkommen ist von den Löhnen
30 abhängig, während Gewinne und Kapitaleinkünfte nicht hinreichend zur Bewältigung
31 der Probleme herangezogen werden.

32

33 In den letzten Jahren wurde uns mit großem Schrecken bewusst, dass auch unser
34 Bildungssystem den Anforderungen an die neue Zeit nicht mehr gerecht wird.

1 Obwohl sich alle Akteure dieses Problems bewusst sind, kommt es nur immer und
2 immer wieder zu neuen Lippenbekenntnissen. Unser Bildungssystem ist auf
3 Selektion, Leistungsdruck und Konkurrenzkampf aufgebaut. Die Bildung verkommt
4 mehr und mehr, nur noch zum Mittel, um die benötigten Kräfte für die Produktion
5 hervorzubringen.

6
7 Nach wie vor werden Frauen in vielen Bereichen des Lebens benachteiligt, sie
8 haben oftmals noch nicht die gleichen Möglichkeiten, wie ebenso gut ausgebildete
9 Männer. Sie sind zwar heute ebenso gut, oder oft auch noch besser qualifiziert, aber
10 trotzdem sind sie in den Führungspositionen der Wirtschaft und der Politik
11 unterrepräsentiert. In den letzten Jahren haben sich die Ansprüche an die Familien
12 und die Kindererziehung, im Verlauf des gesellschaftlichen und ökonomischen
13 Wandels verändert. Dadurch hat sich der Aufbau unserer Gesellschaft verändert.
14 Dies muss noch sinnvoll gestaltet werden. Die Menschen werden immer älter, Kinder
15 sind zum größten Armutsrisiko geworden und feste Bindungen und
16 Geschlechterrollen weichen auf.

17
18

19 **4. Wacht auf Verdammte**

20

21 Auf diese neuen Herausforderungen müssen wir als Jusos angemessene
22 Antworten finden und diese in der Sozialdemokratie verankern. Dabei müssen wir
23 unseren Grundwerten treu bleiben und unseren eigenen Ansprüchen an eine
24 bessere Welt genügen. Die Gesellschaft muss sich auf ihre solidarischen Kräfte
25 konzentrieren. Veränderungen ergeben sich nicht von alleine, sie müssen gegen
26 entgegenstehende Interessen durchgesetzt werden. Dafür muss der Staat seinen
27 Gestaltungsspielraum nutzen. Der Staat ist kein marktorientierter Dienstleister,
28 sondern Mittel zur Beteiligung aller durch gerechte Teilung der Lasten.

29

30 Wir wollen:

- 31 - Freiheit und Individualität
- 32 - Solidarität und Prosperität
- 33 - Emanzipation und Geschlechtergleichstellung
- 34 - Sicherheit und Chancengleichheit

- 1 - Teilhabe und Partizipation
- 2 - Orientierung und Hilfe

3

4 Der Staat ist das Mittel zur Umsetzung unserer Forderungen, denn es gibt keine
5 unsichtbare Hand, die das Wohl der Allgemeinheit erreichen wird. Dafür sind die
6 Verwirklichungen in den folgenden Bereichen erforderlich.

7

8 **4.1. Chancengleichheit**

9 Gerecht ist, was die Voraussetzungen dafür schafft und erneuert, dass Menschen
10 ihre eigenen Lebenspläne verfolgen können, unabhängig von sozialer, regionaler
11 oder ethnischer Herkunft. Denn Bildung ist nicht nur das Bindeglied zwischen Staat
12 und Arbeit, sondern auch der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Die
13 Bildungspolitik muss sich am individuellen Bedarf orientieren. Sie muss lebenslang in
14 allen Bereichen des Lebens fortgeführt werden.

15

16 Bildung ist die Voraussetzung für Chancengleichheit, sie ist aber nur möglich, wenn
17 auch die materiellen Voraussetzungen erfüllt werden. Dies ist die Aufgabe des
18 Staates. Er muss sowohl die Institutionen zum Lernen, als auch sozialen
19 Bedingungen schaffen, unter denen jeder nach seinen Möglichkeiten die
20 bestmögliche Ausbildung erreichen kann.

21

22 Bildung ist aber auch mehr als bloße Befähigung für den Arbeitsprozess. Wir
23 haben noch andere Maßstäbe. Bildung ist Kritik und Hilfe zum Leben und Arbeiten.
24 Bildung hat einen Eigenwert für die Entfaltung der Person. Nur wer lernt was
25 Demokratie ist, kann auch dafür gewonnen werden. Bildung beginnt bereits im
26 Kindergarten. Schulische Bildung sollte in einer ganztägigen Gesamtschule erfolgen.
27 Das Studieren muss noch mehr Menschen möglich sein. Außerdem halten wir an der
28 dualen Berufsausbildung fest.

29

30 **4.2. Soziale Sicherheit**

31 Der Sozialstaat ist die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft. Er ist das Mittel
32 zur Umsetzung der Solidarität. Durch seine solidarischen Maßnahmen garantiert die
33 Gemeinschaft auch den Schwächeren die gleichen Freiheiten wie den Starken. Dafür
34 muss die Bereitstellung von geeigneten und hinreichenden öffentlichen Angeboten

1 für Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit gesichert werden. Diese werden
2 derzeit durch die zunehmende Privatisierung immer mehr Menschen entzogen. Dies
3 kostet konkrete Lebenschancen, der Trend muss umgekehrt werden. Die Leistungen
4 des Sozialstaates sind keine Almosen, sondern eine Investition in den
5 gesellschaftlichen Frieden und die Zukunft.

6

7 Der Kapitalismus schafft Gefahren für den Einzelnen, denen er alleine nicht
8 begegnen kann. Deshalb müssen diese Risiken gesamtgesellschaftlich abgesichert
9 werden. Bloßer privater Konsum kann keine Alternative für funktionierende
10 öffentliche Angebote sein.

11

12 Es fehlen zurzeit die richtigen Antworten auf die flexibleren Lebensentwürfe. Der
13 Sozialstaat muss mehr sein als bloße Versicherungen, wie wir sie heute kennen. Wir
14 wollen einen präventiven und investiven Sozialstaat. Er muss sowohl vor dem
15 Schadensfall eingreifen, als auch im Ernstfall ein würdiges Weiterleben garantieren.
16 Unser Modell hierfür ist die Arbeitsversicherung. Dadurch soll der Sozialstaat
17 erlebbar gemacht werden und der leidigen Missbrauchsdiskussion vorgebeugt
18 werden. Es ist nicht nur eine Frage der Geldmenge, die in den Sozialstaat investiert
19 wird, sondern auch eine Frage der Qualitätsverbesserung.

20

21 Der Sozialstaat ist nicht Hindernis, sondern Voraussetzung für ökonomischen
22 Erfolg. Sozialleistungen stimulieren direkt den Konsum und tragen somit zur
23 positiven Konjunkturentwicklung bei. Deshalb muss die immer weiter forcierte
24 Abwärtsspirale der Leistungen gestoppt werden.

25

26 Grundprinzip der Sozialstaatlichkeit ist, dass die Lasten gesamtgesellschaftlich
27 getragen werden müssen. Jeder muss nach seiner Leistungsfähigkeit seinen Beitrag
28 leisten. Hierfür muss eine breitere Beitragsbemessung geschaffen werden, d.h. auch
29 Kapitaleinkommen müssen mit herangezogen werden. Des weiteren müssen auch
30 die Unternehmen angemessen beteiligt werden. Hierfür scheint uns eine an der
31 Wertschöpfung orientierte Abgabe am geeignetsten. Dieses soll in einer solidarischen
32 Bürgerversicherung organisiert werden.

33

34

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

4.3. Beteiligung am Wohlstand

Maßstab für die Verwirklichung von Gerechtigkeit in der Gesellschaft, ist der Grad an Fortschritt bei der Umverteilung, von den überlieferten Eigentumsverhältnissen. Denn die Voraussetzung für die Gewährleistung gleicher Rechte, Chancen und Möglichkeiten ist die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Dies zu organisieren ist Aufgabe des Staates.

Umverteilungspolitik ist die gerechte Verteilung der Lasten zur Aufbringung der nötigen Mittel, um soziale Sicherheit zu garantieren und Lebenschancen durch Bildung zu ermöglichen. Dabei kann es nicht nur um die Verteilung von Zuwächsen gehen, denn die Chancen die der Einzelne bekommt hängen noch immer entscheidend vom sozialen Hintergrund ab. Die folgenden Generationen werden soviel erben, wie noch niemals zuvor und mit den Vermögen werden auch noch immer die Zukunftsperspektiven weitergegeben. Deshalb muss auch der Bestand zur Schaffung neuer Möglichkeiten für alle herangezogen werden. Perspektiven müssen durch Leistung erreichbar werden.

Umverteilung wird durch Steuern gesteuert. Der Staat muss seine Handlungsfähigkeit erhalten, dies kann er nur durch gesicherte Einnahmen leisten. Die Akzeptanz für die Belastungen aller, kann nur durch eine effektive Nutzung der Einnahmen hergestellt werden.

Das Steuersystem muss gerechter gestaltet werden. Dazu gehört auch eine gewisse Vereinfachung, diese darf aber nicht auf Kosten der Gerechtigkeit zum Dogma erhoben werden. Wir wollen, dass alle privaten Einkommensarten nach dem selben Grundsatz besteuert werden. Es gibt keine Gründe zwischen Löhnen und Kapitaleinkünften zu unterscheiden. Dabei muss das Prinzip der Leistungsfähigkeit angewandt werden, also ein eine linear-progressive Berechnung. Wer umverteilen und gleichzeitig Anregungen für die Konjunktur will, muss den Eingangsteuersatz und nicht den Spitzensteuersatz senken. Besonders wichtig ist es auch, die Unternehmen wieder an den Aufgaben der Gesellschaft zu beteiligen, dabei muss sich nicht nur an ihrem Lohnaufkommen orientiert werden, sonder an ihrer Produktivität.

1

2 **4.4. Demokratisierung**

3 Ein gesellschaftlicher Wandel muss einhergehen mit der fortwährenden
4 Demokratisierung aller Bereiche des Lebens und Arbeitens. Nur in einer
5 demokratischen Ordnung kann die Partizipation aller an der Macht verwirklicht
6 werden und dies ist die Voraussetzung für die Freiheit des Einzelnen. Umso weiter
7 die Demokratie entwickelt wird, desto mehr wird der Einzelne von Fremdbestimmung
8 befreit. Um dies zu erreichen müssen wir neue Formen der Demokratie entwickeln,
9 die über die bloße Diskussion um Volksentscheide hinaus gehen. Die Ausweitung
10 der politischen Mitbestimmung muss vor Ort in den Kommunen beginnen. Denn dort
11 wird die Demokratie direkt erfahrbar und der Entscheidungsprozess mit konkreten
12 Erfolgen in Verbindung gebracht. So wird ihre Akzeptanz gestärkt und somit die
13 Voraussetzungen dafür geschaffen, sie auch auf die anderen Ebenen auszubauen.
14 Unser Anspruch an Demokratisierung beschränkt sich nicht nur auf den Bereich der
15 politischen Entscheidungen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sie muss
16 erlernt werden und als positiv erfahren werden. Deshalb gilt es die Prinzipien der
17 demokratischen Selbstbestimmung auch auf Schule, Universität und Wirtschaft zu
18 übertragen. Wir wollen die Demokratie ausbauen und fortentwickeln, dies ist für uns
19 kein Wagnis, sondern notwendige Voraussetzung.

20

21 **4.5. Arbeit und Wirtschaft**

22 Die Arbeit ist das zentrale Element unserer Gesellschaft. Sie ist die Grundlage
23 unseres Wohlstandes und die Form ihrer Organisation ist die Basis unserer
24 Gesellschaft. Durch Arbeit wird das Bewusstsein und das Selbstbewusstsein der
25 Menschen geprägt. Sie soll Selbstständigkeit, materielle Unabhängigkeit und soziale
26 Anerkennung ermöglichen. Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht.

27

28 Die Vollbeschäftigung bleibt unser Ziel. Sie ist aber heute anders zu verstehen, als
29 in der Vergangenheit. Der Arbeitsmarkt ist flexibler geworden, nicht nur auf Grund
30 der Entwicklung der Wirtschaft, sondern auch weil sich die Ansprüche der Menschen
31 an Arbeit gewandelt haben. Das Normalarbeitsverhältnis wird immer seltener,
32 deshalb muss auch die Organisation der immer häufiger werdenden Übergänge
33 anders gestaltet werden. Nicht jede Arbeit bewirkt automatisch soziale Einbindung
34 und individuelle Befriedigung, Arbeit ist eben nicht nur Sicherung des

1 Lebensstandards. Deshalb ist nicht jede Arbeit jedem zuzumuten. Dies ist außerdem
2 der falsche Weg, da die Qualifikationen der Menschen unser wichtigster Rohstoff
3 sind, wir können es uns nicht leisten diese Potentiale zu verschwenden, denn unsere
4 Wirtschaft ist am produktivsten, wenn jeder seine maximalen Fähigkeiten einbringen
5 kann. Es reicht auch nicht den Zugang zu Arbeit zu erleichtern und die Vermittlung
6 zu verbessern, denn dies alleine kann die Verringerung des Arbeitszeitvolumens
7 nicht auffangen. Es müssen alle in den Arbeitsmarkt integriert werden. Wir wollen
8 eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote. Wenn die Unternehmen ihre
9 gesellschaftliche Aufgabe der Ausbildung junger Menschen nicht erfüllen, müssen
10 sie dazu gezwungen werden. Auch das Potential der Erfahrungen Älterer darf nicht
11 ungenutzt bleiben. Wir wollen die vorhandene Arbeit verallgemeinern und
12 verstetigen. Dafür muss eine Politik geben, die Impulse zur Aktivierung der Wirtschaft
13 setzt. Unser derzeitiges Problem dabei, ist die mangelnde Binnennachfrage. Wenn
14 man sie ankurbelt belebt dies die Wirtschaft und verbessert gleichzeitig die
15 Lebensbedingungen der Menschen. Dies alleine wird aber auf Grund der
16 Produktivitätssteigerung und der zunehmenden Verlagerung von Arbeit nicht
17 genügen, auch der Ausbau des Dienstleistungssektor kann nicht hinreichend neue
18 Arbeitsplätze schaffen. Durch einen Billiglohnsektor können zwar Arbeitslose
19 beschäftigt werden, aber in der Regel sind diese Arbeitsverhältnisse weder dazu
20 geeignet, einen vernünftigen Lebensstandart zu erhalten, noch soziale Anerkennung
21 zu erlangen.

22

23 Vernünftige Arbeitspolitik muss sowohl an ökonomischen Notwendigkeiten, als
24 auch an den Ansprüchen der Menschen orientieren. Für die Erreichung einer
25 Vollbeschäftigung sind zukünftig zwei zentrale Projekte umzusetzen. Zum ersten
26 muss es eine sinnvolle Form der Arbeitszeitverkürzung geben. Diese ist geboten,
27 weil sie sowohl die Möglichkeiten der Menschen zur individuellen Gestaltung ihres
28 Lebens erhöht, als auch die logische Konsequenz auf die Verringerung des zur
29 Erhaltung des Wohlstands nötigen Arbeitszeitvolumens. Die vorhandene Arbeit muss
30 gerecht verteilt werden. Ansonsten werden zum einen Menschen aus der
31 Gemeinschaft ausgeschlossen und isoliert und zum anderen diejenigen die Arbeit
32 haben in einem unnötig hohen Maße belastet. Dabei kann man sich aber nicht nur
33 auf die Wochenarbeitszeit konzentrieren, sondern muss auch Modelle finden, um die
34 Lebensarbeitszeit flexibler gestalten zu können. Zum zweiten muss ein öffentlicher

1 Beschäftigungssektor etabliert werden. Wir haben eine wirtschaftliche Entwicklung, in
2 der der Markt nicht mehr so viele Arbeitsplätze schafft, wie es Arbeitsfähige gibt.
3 Gleichzeitig gibt es in der Gesellschaft immer mehr Aufgaben, die unter
4 marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht sinnvoll sind, da sie keinen Mehrwert
5 erzeugen. Es ist aber gerade unserer Anspruch das diese Aufgaben im sozialen und
6 kulturellen Bereich, die die Lebensqualität der Menschen erhöhen wahrgenommen
7 werden. Die Gesellschaft muss nötigen Mittel dafür solidarisch aufbringen.

8

9 Wir wollen eine Entwicklung zum Wohle aller. Da genau dies das
10 entgegengesetzte Interesse des Kapitals ist, muss dieses kontrolliert werden.
11 Zunächst sind dies Regelungen zum Schutze der Arbeitnehmerinnen und
12 Arbeitnehmer, sowie Sicherheits- und Umweltstandards. Wir wollen die
13 innerbetriebliche Mitbestimmung weiter ausbauen und die Positionen der
14 Gewerkschaften durch die Verbindlichkeit der Flächentarifverträge stärken. Es muss
15 verlässliche Rechte für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben, denn nur
16 unter solchen Bedingungen ist eine optimale Leistung abzurufen. Wir wollen
17 verhindern, dass Arbeitsplatzabbau die effektivste Form der Erhöhung von
18 Aktienwerten bleibt. Diese Regelungen müssen auch in Europa und weltweit etabliert
19 werden. Dafür muss eine Kontrolle und Regelung der internationalen Finanzmärkte
20 geschaffen werden.

21

22 Langfristig muss es unser Ziel bleiben auch Arbeit und Wirtschaft demokratisch zu
23 gestalten. Die Wirtschaft hat eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung und die
24 Politik muss dafür Sorge tragen, dass ihr nachgekommen wird. Demokratie und
25 Freiheit müssen Vorrang vor Markt und Eigentum haben. Gerade wegen der
26 Globalisierung ist die demokratische Kontrolle der Wirtschaft notwendig, um das
27 Erpressungspotential des Kapitals zu vernichten. Durch die Teilung von
28 wirtschaftlicher Macht, wird der Wohlstand und der Profit für alle gesteigert. Wenn die
29 Wirtschaft ihre gesellschaftlichen Aufgaben nicht wahrnimmt, muss eben staatliche
30 Regeln geben, die dafür sorgen, dass die Aufgaben erfüllt werden.

31

32 **4.6. Nachhaltigkeit**

33 Politik muss sich auch daran messen lassen, in welchem Zustand die Welt den
34 nachfolgenden Generationen hinterlassen wird. In der derzeitigen Debatte wird aber

1 mit dem Schlagwort des Generationenkonflikts nur jede weitere Zumutung für die
2 heute Lebenden gerechtfertigt. Dies führt zur Polarisierung zwischen Alt und Jung,
3 dies darf nicht der Ansatzpunkt für eine sozialistische Nachhaltigkeitspolitik sein.
4

5 Ein Abbau der Schuldenlast ist sicherlich nötig, gerade um die Handlungsfähigkeit
6 des Staat insbesondere in Krisenzeiten zu erhöhen. Wenn aber immer nur um jeden
7 Preis gespart wird, erreicht man das genaue Gegenteil. Die Krise verschärft sich
8 weiter, wodurch in der derzeitig arbeitenden Generation immer mehr Arbeitsplätze
9 verschwinden und Leistungen sowohl für die jetzigen, als auch für die zukünftigen
10 Generationen entfallen. Auch kurzfristig wird durch eine rigide Sparpolitik kein Erfolg
11 erreicht werden können, wie die immer neuen Verschuldungsrekorde beweisen.
12 Wichtiger als das unbedingte Fortführen der immer neuen Einsparungen im Sozial-
13 und Investitionsbereich, ist es, den Nachfolgenden einen funktionsfähigen Staat zu
14 hinterlassen. Die Grenze verläuft in unserer Gesellschaft nicht zwischen den
15 Generationen, sondern innerhalb der Generationen zwischen Arm und Reich,
16 schließlich werden nicht nur die Schulden vererbt, sondern auch die Ansprüche.
17

18 Voraussetzung für eine nachhaltige Politik ist auch die Unterstützung von allen
19 Bereichen, die für zukünftiges Wachstum und Steigerung der Lebensqualität
20 erforderlich sind. Nur wenn heute begonnen wird in die Zukunft zu investieren, wird
21 es auch noch den nächsten Generationen möglich sein, ihr Leben als Individuen und
22 in der Gesellschaft zugestalten. Neben Bildung, Forschung und Sicherheit sind dies
23 vor allem der Umweltbereich, die Familien, das Sozialwesen, Lebensqualität und
24 Kultur.
25

26 Auch die natürlichen Ressourcen müssen erhalten werden. Es kann kein ewiges
27 Wachstum geben. Der Raubbau an der Natur kann nicht in diesem Maße, wie er
28 heute vollzogen wird fortgesetzt werden. Wir wollen einen Umbau der ökonomischen
29 Verhältnisse, hin zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und den
30 Ressourcen, die sie uns bietet. Dabei darf aber der technische und soziale Fortschritt
31 nicht gestoppt werden, sondern er muss umgeleitet werden.
32

33 Auf den Wandel in Familien und Gesellschaftsaufbau, darf nicht mit Geschrei nach
34 „neuer Gebehrefreudigkeit“ und Rückbesinnung auf „traditionelle Werte“ reagiert

1 werden. Denn dies ist nicht das Problem, in dieser Hinsicht muss eine Strategie der
2 zwei Wege gewählt werden. Zum ersten muss die Vereinbarkeit Kindern und Beruf
3 verbessert werden, sowie die Kindererziehung so abzusichern, dass sie kein Risiko
4 darstellt. Zum zweiten muss es eine angemessene Einwanderungspolitik geben.
5 Derzeit fehlen vor allem noch gutausgebildete Spitzen- und Spezialarbeitskräfte,
6 aber schon in wenigen Jahren werden wir die nötige Produktion zur Erhaltung
7 unseres Wohlstands nicht mehr ohne eine breite Zuwanderung leisten können. Dabei
8 ist die Zuwanderung keinesfalls als Gefahr, sondern auch als Bereicherung im
9 sozialen und kulturellen Bereich zu begreifen.

11 **4.7. Internationale Einbindung und Solidarität**

12 Alle Bemühungen sind jedoch zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht in einen
13 internationalen Fortschritt eingebettet sind.

15 Ohne Frieden ist alles nichts. Frieden ist die Voraussetzung für alles, ohne ihn ist
16 ein Zusammenleben der Menschen nicht vorstellbar. Derzeit finden in der Welt so
17 viele gewaltsame Konflikte wie niemals zuvor statt, trotzdem werden die meisten in
18 der Öffentlichkeit der Industrieländer nicht wahrgenommen. Frieden ist keine Frage
19 der Rohstoffsicherung. Ihn zu erhalten ist Ziel und Aufgabe der Vereinten Nationen.

21 Der internationale Terrorismus stellt uns vor neue Herausforderungen. Die Antwort
22 auf die Angst vor internationalem Terrorismus darf nicht die Aufgabe der
23 demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien sein. Es muss dem Terror der
24 Nährboden entzogen werden.

26 Es müssen alle Länder am Fortschritt beteiligt werden, die Internationale Solidarität
27 muss wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Das Wachstum der Industriestaaten
28 darf nicht auf Kosten der Ausbeutung der Entwicklungsländer vollzogen werden. Es
29 soll nicht der ungehemmte Kapitalismus, sondern Demokratie exportiert werden. Ein
30 sozialer Wachstum in den Entwicklungsländern ist zum Wohle aller. Wenn sie dies
31 nicht alleine leisten können muss ihnen dabei geholfen werden.

33 Die Globalisierung darf nicht den Ökonomen überlassen werden, sie muss
34 demokratisch und solidarisch gestaltet werden. Die Globalisierung an sich ist nichts

1 negatives, das Problem ist nur, dass sie derzeit nur nach den Maßstäben des freien
2 Marktes vollzogen wird. Wir wollen internationale Regeln für den Handel und die
3 Finanzmärkte, die sich nicht an der Freizügigkeit des Kapitals orientieren. Es müssen
4 soziale Standards durchgesetzt werden, die allen Menschen ein würdiges Leben
5 garantieren. So wollen wir die Einführung der Tobin- Steuer, damit internationaler
6 und kurzfristiger Kapitalverkehr nicht auf Kosten von Devisenkursen und letztendlich
7 auf Kosten der unmittelbaren Lebensumstände vieler Menschen auf dieser Erde
8 weitergeht. Langfristiges Ziel ist die Angleichung der Lebensumstände auf dieser
9 Welt, damit irgendwann niemand mehr der Spielball des Kapitalismus ist.

10

11 Europa ist unsere Zukunft. Was als Friedenserhaltung begann, zur wirtschaftlichen
12 Zusammenarbeit wurde muss noch zur sozialen Einheit geführt werden. Wir wollen
13 Europa immer weiter und weiter ausbauen, dabei gibt es für uns weder im Inneren,
14 noch nach Außen festgelegte Grenzen. Wir wollen eine soziale Republik Europa.

15

16

17 **„Unser Programm lässt sich nur im kritischen Dialog verwirklichen. Wir rufen**
18 **alle, die uns dabei helfen wollen, auf, die Sozialdemokratische Partei**
19 **Deutschlands durch ihre Phantasie anzuspornen und zu stärken.“**
20 **(Abschlusssatz des Berliner Programms)**

21